

Erst kürzlich, mittels E-Mail vom 09.01.2023, hat das Landesinnenministerium auf die Erneuerungen der FAQs für Personalausweise des Bundesministeriums des Innern und für Heimat hingewiesen.

In diesen wurde öffentlichkeitswirksam aufgenommen, dass die Gebühr für den Personalausweis im Regelbedarf der Sozialhilfe / des Bürgergeldes enthalten ist und somit eine Ermäßigung der Gebühr alleine schon deshalb nicht in Betracht kommt (s. Anlage 2).

Durch die Aufnahme in die FAQs des Bundesministeriums des Innern und für Heimat als oberste Aufsichtsbehörde wird deutlich, dass ein einheitliches Verwaltungshandeln gewünscht ist. Vor diesem Hintergrund sollte die Abschaffung dieser Ermäßigungsregelung beschlossen werden. Dies ist alleine schon durch den Entfall der entsprechenden Rechtsgrundlage gerechtfertigt.

Eine Umfrage zum Vorgehen anderer Städte (Haltern am See, Bottrop, Gelsenkirchen, Marl, Recklinghausen, Dorsten und Castrop-Rauxel) kam zu dem Ergebnis, dass in keiner der angefragten Städte jemals eine solche Regelung zur Anwendung kam, noch eine solche Regelung aktuell existiert.

Es wird daher darauf hingewiesen, dass die in Gladbeck geübte Praxis mit dem geltenden Recht nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Durch die aktuell praktizierte Ermäßigung der Gebühr entstehen der Stadt Gladbeck jährliche Mindereinnahmen von ca. 3.500 Euro.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	3.500

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen: zur Verfügung nicht zur Verfügung

Klimarelevante Auswirkungen:

- keine wesentliche Klimarelevanz**
Die Durchführung der Haupt- und Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).
- keine negative oder eine positive Klimawirkung**
Die Durchführung der Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).
- eine negative Klimawirkung**
Die Alternativenprüfung wurde durchgeführt und das Prüfungsergebnis ist als Anlage beigefügt.

Beschlussentwurf:

Dem Wegfall der Gebührenreduzierung für Personalausweise bei Sozialleistungsbezug mit sofortiger Wirkung aufgrund der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen wird zugestimmt.

Die Bürgermeisterin



- Weist-
Bürgermeisterin

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: